



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 17. Februar 1885.

Nr. 80.

## Deutscher Reichstag.

50. Plenar-Sitzung vom 16. Februar.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär v. Burchard nebst Kommissarien, später Finanzminister v. Scholz.

Die Plätze des Hauses sind mäßig besetzt, die Tribünen ziemlich gut gefüllt.

### Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des § 2 der Zolltarif-Novelle (Getreidezölle).

Abg. Günther (Sachsen (deutschf.) wendet der Journalistentribüne den Rücken zu und ist äußerst schwierig zu verstehen. Redner führt aus, daß man die Wirkung der Getreidezölle in gegenwärtigen Kreisen außerordentlich übertreibe, denn es werde durch die Zölle keine erhebliche Steigerung der Getreidepreise, jedenfalls keine Vertheuerung der Brodpreise herbeigeführt werden. Es müsse aber der immer bedrohlicher werdenden amerikanischen Konkurrenz gegenüber etwas geschehen. Er bitte deshalb, die vorgeschlagene Erhöhung der Getreidezölle anzunehmen, die sicherlich auf die Preise bei weitem nicht die Wirkung haben werde, wie die Spekulation an der Börse. (Lebhafte Beifall rechts; Zischen links.)

Abg. Wlemer (Sozialdem.) erklärt allen gegenwärtigen Behauptungen gegenüber, daß die erhöhten Getreidezölle eine Vertheuerung der Brodpreise im Gefolge haben würden. Redner, der auch das Interesse der Industriearbeiter wahrgenommen wissen will, plaidirt für Emanirung eines Heimathgesetzes und schließt damit, daß er die bei den erhöhten Getreidezöllen unvermeidliche Vertheuerung des Brodes als eine Verübung gegen das Volk bezeichne. (Beifall bei den Sozialdemokraten; Widerpruch rechts.)

Abg. v. Fischer-Augsburg (nat. lib.) setzt auseinander, daß wenn, nachdem die Getreidepreise vielfach kaum noch die Produktionskosten deckten, Deutschland auf die Produktionskosten angewiesen sein sollte, dies der Anfang zu dem finanziellen Ruin bedeuten würde, und daß es sich bei der Erhöhung der Getreidezölle nicht um eine Begünstigung des Großgrundbesitzes, sondern um das Interesse der großen Masse handle. Wenn aber der Bauer kaufkräftiger gemacht werde, so werde das auch der Industrie zu Gute kommen. Es sei eine eminente volkswirtschaftliche Aufgabe, der Landwirtschaft zu helfen, denn wenn diese in ökonomischer Hinsicht zurückgehe, so könne es auf die Dauer auch dem Ganzen nicht gut gehen; die erhöhten Zölle würden dem Armen nicht zum Schaden und der ganzen Nation zum Segen gereichen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Lorenzen (deutschf.) führt aus, daß in seiner Heimathprovinz, in Schleswig-Holstein, von einem Nothstande der Landwirtschaft nichts zu spüren sei und belegt diese Behauptung mit verschiedenen, die Preise einzelner Produkte der Landwirtschaft betreffenden Zahlenangaben. Nachdem Redner sodann noch die Verhältnisse der deutschen Mülerei einer kurzen Besprechung unterzogen, erklärt er, daß der schleswig-holsteinische Landmann von dem Getreidezoll nichts wissen wolle. (Beifall links.)

Abg. Graf von Stolberg-Wernigerode (kons.) wendet sich zunächst gegen verschiedene Aeußerungen deutschf. Redner und führt sodann aus, daß die öffentliche Meinung den Getreidezöllen viel günstiger sei als im Jahre 1879 und daß alle Befürchtungen, die man damals geltend gemacht habe, sich nicht bewahrheitet hätten. Der Nothstand der Landwirtschaft sei aber in ganz rapider Weise gewachsen und während im Jahre 1879 diejenigen Landwirthe, die Zuckerrüben bauen können, weniger interessiert gewesen wären, seien jetzt auch diese in Folge der Zuckerkrisis zu Freunden höherer Getreidezölle geworden. Wenn wir uns nicht von dem Konkurrenzmarkt der gesammten Nationen verdrängen lassen wollten, so müßten wir uns den eigenen Markt sichern. In diesem Sinne würden er und seine Freunde für die Erhöhung der Getreidezölle stimmen. Was die Höhe der Zollsätze anbetreffe, so müsse man auf die einzelnen Theile des Reiches Rücksicht nehmen, und da es einem lebhaften Wunsche Süddeutschlands entspreche, die Zollsätze für Roggen und Weizen in

gleicher Höhe normirt zu sehen, so sei er und ein Theil seiner politischen Freunde für Erhöhung des Roggenzollens auf 3 M.; außerdem beantrage er über diese Position namentliche Abstimmung. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Thomsen (deutschf.) bekämpft die Erhöhung der Getreidezölle von seinem Standpunkte als Bauer aus und erklärt, daß man mit jener ein verwegenes Spiel treibe. (Beifall links.) Redner führt sodann aus, daß es nicht möglich sein werde, die Verhältnisse des Weltmarktes einseitig zu beeinflussen und wendet sich sodann gegen den möglicherweise jetzt intendirten Versuch, eine landwirtschaftliche Rente zu schaffen, indem er ausführt, daß es schlechterdings unmöglich sei, den Preissteigerungen des Grundbesitzes zu folgen. Redner schließt mit der Erklärung, daß er nicht als Parteimann, sondern lediglich im Interesse des deutschen Vaterlandes gesprochen, und mit der ernsthaften Warnung vor Annahme der Vorlage, mit der man eine revolutionäre Bewegung in das Volk hineintrage. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Burchard wendet sich zunächst gegen das von dem Abg. Ridert (frees.) in dessen letzter Rede vorgebrachte Zahlenmaterial, das offenbar in leichtfertiger Weise zusammengestellt sei und motivirt sodann die für Weizen und Roggen normirten Zollsätze der Regierungsvorlage. Die verbündeten Regierungen hätten den Zoll für Weizen höher normirt zu sollen geglaubt, weil der Weizen mehr gelitten hätte; allein es werde einer weiteren Erhöhung des Roggenzollens ein durchgreifender Widerstand seitens der verbündeten Regierungen nicht entgegengesetzt werden, falls dann auch zur Aufrechterhaltung der Differenz der Weizenzoll weiter erhöht werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Fürst v. Sasse (Reichsp.) setzt auseinander, daß die Nothlage der Landwirtschaft bedeutend größer sei, als vor 6 Jahren und daß die Vortheile, welche die erhöhten Getreidezölle im Gefolge haben würden, die etwa beschränkten Nachtheile überwiegen würden, und plaidirt unter äussermäßiger Bezugnahme auf die Konkurrenz Amerikas für den Schutz der Landwirtschaft, die vielfach aus den Preisen ihrer Produkte nicht mehr die Produktionskosten decken könnte. (Beifall rechts.)

Abg. Ridert (frees.) bezieht sich zunächst auf die Ausführungen seiner Fraktionsgenossen Lorenzen und Thomsen, welche in der That in des Wortes eigentlicher Bedeutung Bauern seien und gewiß den Beweis geliefert hätten, daß der Bauer nicht nach Erhöhung der Getreidezölle verlange. Redner wendet sich sodann gegen die von dem Reichskanzler in seiner jüngsten Rede vorgeführten Zahlen, mit denen derselbe die Behauptung widerlegen wollte, daß die Ostseestädte in Folge der neuen Zollpolitik in ihrer Entwicklung zurückgegangen seien, indem er (Redner) seinerseits anderes Zahlenmaterial beibringt, auf Grund dessen er den Niedergang der Ostseestädte seit 1879 nachzuweisen sucht. (Reichskanzler Fürst v. Bismarck erscheint im Saale und nimmt am Bundesrathstische Platz.) Redner bekämpft sodann die Vorlage von seinem freihändlerischen Standpunkte aus und erklärt, daß, wenn die Landwirtschaft sich thatächlich in einer Nothlage befinde, dann die Interessen doch eine Nothstandsvorlage vereinbaren, nicht aber die begüterte Klasse auf Kosten des armen Mannes bereichern sollten. (Beifall links.) Wenn man für den Landwirth theuere Getreidepreise schaffe, so werde unzweifelhaft das Brod verteuert werden und damit werde eine Bevorzugung der wohlhabenden Grundbesitzer zu Ungunsten der ärmeren Volksklassen, ob beabsichtigt oder nicht, in der Wirklichkeit statuir und hiergegen werde er und seine Partei mit allen Kräften Front machen. (Lebhaftes Bravo links. Zischen rechts.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck erklärt zunächst, daß es ein großer Unterschied sei, ob man, wie der Abg. Ridert thue, die Unzufriedenheit in die beschlossenen Kreise trage, die der bestehenden Gesellschaftsordnung gefährlich werden könnten, oder ob man den Städten gegenüber die Bauern auf ihre Interessen aufmerksam mache, denn der Bauer gehöre zu der bestehenden Klasse und sei stets loyal gewesen. (Sehr wahr! rechts.) Man solle doch hier nicht von Brodzoll, ja von Blutzoll reden; das seien tendenziöse Entstellungen.

(Beifall rechts.) Der Bauer betreibe mit dem Großgrundbesitzer dasselbe Gewerbe und beider Interessen seien dieselben; die Privilegien des Großgrundbesitzes seien in Wegfall gekommen und der Großgrundbesitzer erscheine lediglich als ein großer Bauer, der Bauer als ein kleiner Grundbesitzer. Gegenwärtig aber finde sich bei allen Interessenten der Landwirtschaft das Verständniß dafür, daß der gegenwärtigen Nothlage abgeholfen werden müsse. Der Landwirthschaft müsse nicht nur die Möglichkeit erhalten werden, zu produziren und die Konkurrenz des Auslandes zu ertragen. Es handle sich jedoch nicht allein darum, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte zu erhöhen, sondern auch der großen landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung ihre Arbeit zu sichern. Wenn im Jahre 1879 nicht zu der neuen Zollpolitik übergegangen worden wäre, so wäre der wirthschaftliche Zusammenbruch unvermeidlich gewesen und derselbe sei nur durch die französischen Milliarden um einige Jahre aufgehalten worden. Der Reichskanzler wende sich sodann gegen die vom Abg. Ridert (deutschf.) bezüglich des Danziger Handels vorgeführten Zahlen und legt sodann der deutschf. Partei zur Last, daß sie den Zöllen nur aus Parteitaktik Opposition mache und daß sie die Unzufriedenheit, die in den Kreisen der Industriearbeiter bereits vorhanden sei, künstlich auch in die Kreise der landwirtschaftlichen Arbeiter trügen. (Lebhafte Beifall rechts; Zischen links.)

Abg. Schelbert (Zentr.) plaidirt aus seiner persönlichen Erfahrung heraus, nach welcher in Südbaiern der hohe Käse- und Butterzoll sich außerordentlich wohlthätig erwiesen habe, für Getreidezölle, wenn es nöthig sei, auch in größerer Höhe, als beantragt werde. Die erhöhten Zölle würden auch der Industrie zu Gute kommen und dieselbe würde der gesammten Nation zu Gute kommen. (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum; Zischen links.)

Abg. Richter-Hagen (deutschf.) wendet sich gegen die Ausführungen des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck und verwahrt sich namentlich gegen die Behauptung, daß seine Partei aus Fraktionsinteresse die landwirtschaftlichen Arbeiter zur Unzufriedenheit aufbeize. Er und seine Partei ließen sich nur von sachlichen Rücksichten leiten und sie hielten die erhöhten Getreidezölle für ein schweres Unrecht gegen die armen Leute, dem sie ihren entschiedensten Widerspruch entgegenzusetzen müßten. (Lebhafte Beifall links.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen und folgen nach einer größeren Reihe von persönlichen Bemerkungen die Abstimmungen über die Positionen Roggen und Weizen, welche sämmtlich namentliche sind.

Die Abstimmung beginnt mit dem von den Abgg. Dr. Frhrn. v. Schorlemer-Alst (Zentrum) und Genossen beantragten Zollsätze von 3 M. für Roggen, welchen das Haus in, wie bereits angeführt, namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 151 Stimmen genehmigt.

Darauf wurde in gleichfalls namentlicher Abstimmung der auf 3 Mark normirte Weizenzoll mit 229 gegen 113 Stimmen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.  
Schluß 6 Uhr 15 Min.

## Deutschland.

Berlin, 16. Februar. Die „N. Westf. Volksztg.“ bringt bestimmt formulierte Vorschläge hinsichtlich der Sonntagsruhe der Postbeamten. Sie lauten:

1) Jede Postsendung, sei es Brief, Postkarte, eingeschriebener oder Werthbrief, Kreuzband-, Muster-, Zeitungs- oder Paketsendung, welche Sonntags ausgegeben oder angenommen oder expedirt werden soll, muß mit einer eigens für diesen Zweck angefertigten, sofort erkennbaren Sonntags-Eilmärke im Werthe von 20 Pfennig an bestimmter Stelle versehen sein, abgesehen von dem sonstigen Wertporto der Sendung.

2) Die Postbriefkasten werden nach wie vor auch Sonntags zu den angelegten Zeiten geleert, expedirt aber werden nur die mit Eilmärke darin vorgesehene Sendungen.

3) Der durchgehende Verkehr wird von diesen Maßregeln nicht berührt. Die den Briefschaltern der Postzüge anvertrauten Sendungen werden nur dann expedirt, wenn sie mit einer Eilmärke versehen sind; der Rest bleibt unerledigt oder wird der nächsten Haltestelle übergeben.

4) Jede telegraphische Depesche, welche Sonntags aufgegeben wird, unterliegt einem Aufschlag von 50 Pfennig, Depeschen mit bezahlter Antwort tragen den doppelten Aufschlag.

Diese Vorschläge stammen ersichtlich von technisch sachverständiger Seite; daß sich Einwendungen erheben werden, bezweifeln wir zwar nicht. Schon mehr als einmal aber haben wir erlebt, daß das anfangs Angefochtene mit der Zeit in aller Stille benutzt worden ist. Damit würde sich der Urheber der vorliegenden Idee wohl auch zufrieden geben.

Bei dem gestern Mittag in Paris unter Beteiligung von 8000 Arbeitern und ehemaligen Kommunisten stattgefundenen Begräbniß des Chef-Redakteurs des „Eri du Peuple“, Jules Vallès, reichte, wie der Pariser Korrespondent des „Berl. Tsg.“ depechirt, ein Beilichenzweig mit der Inschrift: „Die deutschen Sozialisten in Paris“ eine vor dem Trauerhause im Quartier Latin versammelte Gruppe von Studenten zu dem Rufe auf: „Nieder mit Deutschland!“ worauf die Sozialisten antworteten: „Es lebe die Internationale!“ Der Kranz wurde mit Schmutz und Steinen beworfen. Bei dem Versuch, sich des Kranzes zu bemächtigen, wurden zwei Studenten niedergeschlagen. Der Kranz wurde siegreich bis zum Friedhof „Pere Lachaise“ vertheidigt. In dem Zuge befand sich auch Rochefort, der vielfach beklatscht wurde, ferner Clemenceau, Laguerre, zahlreiche rothe und ein mit dem Rufe: „Vive la commune!“ begrüßtes schwarzes Banner. Auffallend war das gänzliche Fehlen der Polizei. — Den sogenannten „Deutschen“, welche sich in Paris in so herausfordernder Weise benehmen, geschieht nur Recht, wenn sie öffentlich insultirt werden.

Dem Bundesrathe wird in diesen Tagen der zwischen Deutschland und der südafrikanischen Republik (Transvaal) hier abgeschlossene Freundschafts- und Handelsvertrag zur Berathung und Beschlußfassung zugehen. Der Vertrag, welcher am 22. Januar d. J. in Berlin zur Unterzeichnung gebracht wurde, enthält im Ganzen 38 Artikel und soll sich im Wesentlichen mit den in letzter Zeit von Seiten Deutschlands abgeschlossenen Handelsverträgen in Uebereinstimmung befinden. Dem Vertrage mit der südafrikanischen Republik ist noch ein besonderes Protokoll beigelegt.

Auf das Gesuch des schweizerischen Bundesrathes bei der deutschen Reichsverwaltung um grundsätzliche Gleichstellung des medizinischen Studiums an den schweizerischen Universitäten mit dem medizinischen Studium an den Universitäten des deutschen Reiches ist laut „N. Z. Ztg.“ ein ablehnender Bescheid durch das auswärtige Amt ergangen. In dem Bescheide heißt es wörtlich:

„Zunächst hat die Bekanntmachung vom 2. Juni 1883 über ärztliche Prüfung) nicht, wie der schweizerische Bundesrath anzunehmen scheint, ein neues Recht geschaffen, sondern nur eine klarere Fassung. Auch stellt dieselbe das Erforderniß der Ablegung des Studiums auf Universitäten des Reiches als Regel gegenüber den Universitäten nicht etwa nur der Schweiz, sondern das gesammten Auslandes auf. Wie wenig die Tendenz der bezüglichen Bestimmungen gerade gegen die schweizerischen Universitäten gerichtet ist, geht überzeugend daraus hervor, daß im Gegensatz zur Behandlung anderer auswärtiger Staaten in sämmtlichen vor und nach dem Erlaß der Bekanntmachung vom 2. Juni 1883 bisher vorgekommenen Fällen den Gesuchen um Anrechnung des medizinischen Studiums an schweizerischen Universitäten auf die behufs Zulassung zur ärztlichen Prüfung nachzuweisende Studienzeit ohne Weiteres entsprochen wurde. Auch in künftigen Fällen wird bezüglichen Anträgen thunlichst in gleicher entgegenkommender Weise entsprochen werden, wenigstens soweit es sich um die Universitäten in Basel, Zürich und Bern handelt, da die Einrichtungen der Universität Genf zu ungenügend bekannt sind, um in der fraglichen Beziehung gegenwärtig ein Urtheil zu gestatten.“

Dem Bundesrathe ist ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher sich gegen die unbefugte Nachahmung des Papiers der Reichskassenjournale richtet. Der Wortlaut des Entwurfs ist folgender:

§ 1. Papier, welches dem zur Herstel-

lung von Reichskassenscheinen verwendeten, durch äußere Merkmale erkennbar gemachten Papier hinsichtlich dieser Merkmale gleich oder so ähnlich ist, daß die Verschiedenheit nur durch Anwendung besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen werden kann, darf, nachdem die Merkmale in Gemäßheit des § 7 des Gesetzes vom 30. April 1874, betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen öffentlich bekannt gemacht worden sind, ohne Erlaubniß des Reichskanzlers oder einer von demselben zur Erteilung der Erlaubniß ermächtigten Behörde weder angefertigt, oder aus dem Auslande eingeführt, noch verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht werden. § 2. Wer den Bestimmungen im § 1 zuwiderhandelt, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft. Neben dieser Strafe ist auf Einziehung des Papiers zu erkennen, ohne Unterschied, ob dasselbe dem Verurtheilten gehört oder nicht. § 3. Auf die Einziehung des Papiers ist auch zu erkennen, wenn die Verfolgung oder Verurtheilung einer bestimmten Person nicht stattfindet.

Wie auf der Hand liegt und in der Begründung noch besonders hervorgehoben wird, hat der Gesetzentwurf hauptsächlich den Zweck, einer Fälschung der neuen Reichskassenscheine nach Möglichkeit vorzubeugen.

Der Vertrag zwischen der Kongo-Gesellschaft und Portugal ist am Sonntag unterzeichnet worden. Die Kongo-Konferenz hat nach dreimonatlicher Arbeit ihre Aufgabe gelöst und wird in diesen Tagen feierlich geschlossen werden. In angestrengter Thätigkeit haben die Vertreter der hervorragenden Kulturstaaten beider Hemisphären in der deutschen Reichshauptstadt an der erprießlichen Lösung eines der wichtigsten und folgenreichsten internationalen Probleme der Gegenwart gearbeitet. Der afrikanischen Konferenz hat die Lösung ihrer Aufgabe Mühe genug verursacht, da man sich auf fast gänzlich neuem und unbekanntem Terrain bewegte und stellenweise höchst subtile Besprechungen zur Erörterung und Beschlußfassung standen. Der diplomatische Takt, die maßvolle Haltung der deutschen Konferenz-Theilnehmer fanden ausgiebigen Spielraum ihrer Bethätigung und trugen ganz wesentlich zur Aufklärung hervorretender Mißverständnisse, zur Begleichung vieler mehr scheinbarer als wirklicher Differenzen bei. Außer dem guten Willen aller Konferenztheilnehmer gebührt daher vorzugsweise der Art und Weise, wie deutscherseits die Leitung der Geschäfte gehandhabt wurde, das Verdienst, daß es gelang, die Verhandlungen der Konferenz von Anfang bis zu Ende in den programmmäßigen Bahnen festzuhalten und dem gesteckten Ziele entgegenzuführen. Die Beschlüsse des in Berlin versammelt gewesenen Diplomatens-Areopags legen ein glänzendes Zeugniß für die Macht des unter Deutschlands Schutze emporgewachsenen neuen Systems der internationalen Politik ab. Sie bilden einen abermaligen Triumph des Gedankens, welcher an die Stelle kriegerischer Rivalitäten zwischen den Völkern den friedlichen Wettstreit der Interessen gesetzt hat und dem Diktandrange der Gegenwart würdigere Ziele zeigt, als die Entfaltung blutiger Konflikte auf europäischem Boden.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Antrages Jedlich hat gestern die Spezial-Berathung desselben eröffnet und zunächst beschlossen, daß bei Lehrern, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, eingetretene Dienstunfähigkeit nicht Vorbedingung des Anspruches auf Pension ist. Das im Antrage vorgesehene Penfions-Minimum wurde aufgegeben und, nachdem ein Antrag, dasselbe auf 500 Mark zu normiren, abgelehnt war, von der Fiktion eines solchen ganz abgesehen, hingegen beschlossen, auch Alterszulagen als penfionsfähig anzusehen. Die Berechnung der Dienstzeit wurde in der in dem Antrag bestimmten Weise beibehalten. Wie wir bereits neulich ausgeführt haben, darf die Arbeit dieser Kommission als umsonst gethan bezeichnet werden. Die Stellung der Regierung zum Antrage Jedlich bleibt unverändert dieselbe.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Sowohl von österreichischer wie von italienischer Seite wurde hier an entsprechenden Stellen vertraulich sondirt, welche Aufnahme der Gedanken finden würde, wenn österreichische oder italienische Dampfer-Gesellschaften auf eigene Kosten im Mittelmeer eine private Anschließlinie von Triest beziehentlich Genoa an die Hauptlinie der deutschen Post-Subventions-Dampfer einrichten würden.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Februar. In Folge der am 1. April d. Js. wieder ins Leben tretenden Gerichtsverfassung werden auch bei den hiesigen Gerichten verschiedene Personal-Veränderungen eintreten. Sicherem Vernehmen nach ist als Rentant der hiesigen Kasse Herr Landgerichts-Sekretär Uhl-Landt ernannt, zu Kontrolleuren der Herren Landgerichts-Sekretär Moldenhauer und Gerichts-Assessor Witke, zum Rechnungs-Revisor und Justiz-Hauptkassen-Rendant Herr Rechnungsrath Hering, bisher beim Landgericht in Stargard. Der bisherige Assistent Richter vom königlichen Ober-Landesgericht hier selbst ist zum Ober-Landesgerichts-Sekretär, der bisherige Kalkulator Gerichts-Sekretär Radtke ist zum Rentanten der Gerichtskasse in Stargard ernannt. Die Kalkulatorstelle ist bisher noch nicht wieder besetzt. Der Gerichts-Assistent Busse ist zum Sekretär beim Amtsgericht zu Wolpin ernannt, mit ihm zugleich der bisherige Aktuar Kundler vom Amtsgericht zu Greifenhagen. Der bisherige Diätar Heydreck ist zum Gerichts-Sekretär

mit Rentanten-Funktion für das Amtsgericht zu Bülow ernannt.

Landgericht. Strafkammer 3. Sitzung vom 16. Februar. — Eine nicht uninteressante Anklage auf Grund des § 316 des Strafgesetzbuches (Gefährdung eines Eisenbahn-Transportes) beschäftigte heute die Strafkammer. Am 8. Mai v. Js. kam der Knecht Wilhelm Naß aus Grabow mit einem zwispännigen Kastenwagen von Zülchow. Bei der Kurve der Straßenbahn am Bullan kam dem Gefährt ein Wagen der Straßenbahn entgegen. Naß war in diesem Moment von seinem Wagen gestiegen, um einen verloren gegangenen Schieber zu suchen und die Folge davon war, daß ein Zusammenstoß des Privatfuhrwerks mit dem Straßenbahnwagen erfolgte, trotzdem der Führer des Letzteren vorschriftsmäßig geläutet und Alles ausgeboten hatte, um seinen Wagen zum Stehen zu bringen. Die Deichsel des Naß'schen Wagens drang in die Scheibe des Vorderpersonals des Straßenbahnwagens und zertrümmerte dieselbe; gleichzeitig stürzte ein Pferd des Naß'schen Wagens und ein auf Letzterem stehendes Kind fiel herunter. Gegen Naß wurde die Anklage wegen Gefährdung eines Eisenbahn-Transportes erhoben. Die 2. Strafkammer lehnte jedoch die Eröffnung des Hauptverfahrens ab und erst auf Beschwerde der königlichen Staatsanwaltschaft wurde dasselbe vom Ober-Landesgericht eingeleitet. Obwohl in der heutigen Sitzung festgestellt wurde, daß Naß in höchst fahrlässiger Weise gehandelt, mußte gegen ihn auf Freisprechung erkannt werden, weil der Gerichtshof annahm, daß § 316 nicht auf Straßenbahnen, sondern nur auf Bahnen mit Dampfbetrieb Bezug habe.

Landgericht. Strafkammer 1. Sitzung vom 17. Februar. Der 70 Jahre alte Arbeiter Christ. Friedrich Karow hat bereits eine sehr bewegte Verbrecher-Laufbahn hinter sich, denn nicht weniger als 21 Jahre 3 Monate hat er bereits Zuchthausstrafe verbüßt. Auch auf seine alten Tage fühlt er sich in der Freiheit nicht wohl und sein einziger Wunsch scheint zu sein, sein Leben hinter den Zuchthausmauern zu enden. Im vorigen Jahre hatte er in Hohenbrück Arbeit gefunden, doch lange hielt er es in geordneten Verhältnissen nicht aus, nach 14tägiger Thätigkeit entfernte er sich, doch unterließ er nicht, sich vorher einen Stand Betten anzueignen. Trotzdem er heute den letzten Umstand leugnete, wurde er doch durch die Beweisaufnahme vollständig des Diebstahls überführt und mit Rücksicht auf seine Vorstrafen mit 2 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust bestraft, auch Polizei-Aussicht für zulässig erachtet.

Herrn W. Nicks in Anklam sind auf eine Neuerung an Trockenapparaten für Rübenschnitzel, sowie Rüchstände aus Brauereien und Brennerien und auf einen Apparat zum Trocknen der bei der Rübenzucker-Fabrikation, sowie in Brauereien und Brauereien verbleibende Rüchstände Patente erteilt. Patente sind angemeldet von Herrn Anterath F. W. Wendenburg in Stolp auf ein Verfahren zur Herstellung von Holzfuttermehl und Herrn J. Wilken in Barth bei Straßund auf ein waagerechtes Windrad.

Die gestern Abend in Böller's Saal (alte Liebertafel) abgehaltene öffentliche Versammlung der freien Vereinigung der hiesigen Ortsvereine war nur sehr schwach — von kaum 100 Personen — besucht. Die Vorträge — Herr Dr. Amelung sprach über das Leben und Wirken Waldes und Stadtsyndikus Dr. Kohli über Schöpfen und Schöpfengerichte — fanden bei den Anwesenden lebhaften Beifall.

In der Zeit vom 8. bis 14. Februar sind hieselbst 31 männliche, 24 weibliche, in Summa 55 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 30 Kinder unter 5 und 12 Personen über 50 Jahre.

Im nächsten, am 25. d. M. stattfindenden Elite-Konzert wirkt, wie uns die Direktion mittheilt, der in der musikalischen Welt hochgeachtete ungarische Geigen-Virtuose Tivadar Nachez mit und wollen wir auf dieses Gastspiel schon heute aufmerksam machen.

Donnerstag, 19. d. Ms., eröffnet Herr Direktor Emil Schirmer als „Birkenstock“ in Mosers Lustspiel „Der Hypochonder“ einen kurzen Gastspiel-Zyklus, auf den wir die vielen Freunde des talentvollen Künstlers aufmerksam machen.

(Entweder — oder.) „Vater, heut' bin ich zwanzig Jahre alt, jetzt kenn' nimmer allein bleiben, entweder müß' ich ma a Eithern oder a Weib geben, zum Schlag'n muß' i was hab'n.“

Der Wohnung eines Gartenstraße 7 wohnhaften Tischlergesellen statteten vorgestern Liebe einen Besuch ab und entwendeten eine Zylinderuhr und 6 Frauenhemden.

Die Dampfer „Greifenhagen“ und „Hecht“ sind heute hier wieder eingetroffen und nehmen von morgen ab die regelmäßigen Touren zwischen hier und Greifenhagen wieder auf.

Wegen Diebstahls wurden der Schiffer Aug. Bahl und der Arbeiter J. R. Lauffmann aus Grabow gestern in Haft genommen. Ersterer ist verdächtig, Schuße, Letzterer Tabak gestohlen zu haben.

### Aus den Provinzen.

Pastwall. Gestern Abend hat der Tod den letzten der in unserer Stadt noch lebenden Veteranen aus der großen Zeit der Freiheitskriege 1813—1815, den Invaliden Christian Burow, durch den Tod abgerufen. Im Jahre 1812 trat er bei dem hiesigen Regiment, damals noch Bai-

reuter Dragoner, ein, machte mit demselben die Feldzüge in Deutschland und Frankreich zur Befreiung Deutschlands von dem Joch der Franzosen mit und nahm an vielen der siegreichen Schlachten und Gefechte, so namentlich an der Leipziger Schlacht und dann an dem Einzuge in Paris im Jahre 1814 Theil. Zum Unteroffizier avancirt, blieb er nach wiederhergestelltem Frieden zunächst als Schwadronen-, dann als Regiments-Schuhmacher bei dem Regiment, bis vor 20 Jahren das Alter ihn nach einer mehr als 50jährigen Thätigkeit zwang, sich zur Ruhe zu setzen. Ein sanfter Tod erlosch gestern Abend den 91jährigen von seinem langen Leben.

Greifenberg i. V., 15. Februar. Bei dem gestrigen Abiturienten-Examen, welches unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungsrath (r. Wehrmann aus Stettin) abgehalten wurde, bestanden sämmtliche 10 zum Examen vorgegangene Ober-Prümaner. Es wurden von der mündlichen Prüfung in Folge der ausgezeichneten schriftlichen Arbeiten Bod, Willich und Miller dispensirt. Die Namen der übrigen sind: v. Blankenburg, Beyersdorf, Dievich, Schürmann, Hacken, Otto und Kienast. Der übliche Kommerz der Abiturienten fand des Abends dann im Schützenhause auf der Ottsbühne statt. — Ein bedeutender Diebstahl wurde in diesen Tagen gegen einen reisenden Händler aus Stolzenburg in dem Dorfe Ratelsch ausgeführt. Der Mann hatte seinen Wagen mit Waaren während der Nacht in einen großen Stall gehoben und fand am Morgen, daß seine ganze Waare gestohlen war, unter anderem auch ein großer Korb mit mehreren Schok Eiern. Sogar einen Eierkasten, den der Händler für den Eigenthümer aus einer Reparaturwerkstatt mitbrachte, haben die jedenfalls musikalischen Diebe mitgenommen, und ist trotz aller polizeilichen Mühe noch keine Spur von den Dieben entdacht.

### Kunst und Literatur.

„Die Fourchambault“ von Augier sollten auf ihre alten Tage noch ein Verbot erleben, über sechs Jahre nach dem Mißerfolg des Statiner Verbetes, das dem vormaligen Polizeichef von Berlin seine Stellung gekostet. Im frommen Münster war's, und das gastrende Ensemble von ehemaligen Mitgliedern des Residenz-Theaters hatte eine Aufführung der „Fourchambault“ angeündigt. Der „Wesfälische Merkur“ hatte sich gegen die Ankündigung des Stückes um so energischer entäußert, als er es gar nicht kannte — er hatte es mit „Cyprienne“ verwechselt. Der zweite Bürgermeister, Herr Bode, etablirte sich auf Grund der Kommunalverfassung als autonomer Kritiker und resolvirte, das Stück sei „eine neufranzösische Bikanterie, voll von Unmoralität und von derselben Stofflich ruiniert“. Die Berliner Gäste wandten sich telegraphisch an Herrn von Puttkamer, protestirten auch beim Herrn Bürgermeister gegen das Verbot, und am Abend konnte das Stück vor überfülltem Hause in Szene gehen. Seit dem Verbot sind „Die Fourchambault“ das beliebteste und begehrteste Stück unserer ehemaligen Residenzler auf ihren Gastspielfahrten in jener Gegend, und so ist denn das Verbot jedenfalls zur Befreiung der französischen Frucht gut gewesen.

### Bermischte Nachrichten.

(Judenheze in Marokko.) Eine Wiederholung der Bulgarian atrocitäten vollzieht sich in Marokko. Kaum Glaubliches wird von den „Times of Marok“ als durchaus feststehend mitgetheilt. Der Gouverneur von Demnat hat vor längerer Frist, vor etwa 9 Monaten, die in der Stadt wohnenden Juden mit Kontributionen willkürlich belegt und viele derselben, als die Gelder nicht schnell genug eingingen, eingekerkert, mißhandelt, ja eine Anzahl tödten lassen. Eine Deputation der Unglücklichen wollte sich an den Sultan wenden, kam aber nicht vor, worauf sie nach Tanger ging, wo die Vertreter der europäischen Mächte residiren, und diesen ihre Leidklage. Die Gesandten wurden bei dem Sultan vorstellig, aber ein von diesem nach Demnat geschickter Kommissar kam bestochen zurück und berichtete, die Juden seien im Unrecht. Der Gouverneur ließ jetzt seinen Groll an den Zurückgebliebenen aus. Fortwährend wurden neue Kontributionen erhoben, und als nichts mehr aus den Juden herausgepreßt werden konnte, wurden die Häuser geplündert und dann rasirt. Die Greuelthaten, welche sich ereigneten, spotteten der Beschreibung. Ein 98 Jahre alter Mann erhielt 480 Beltschenhiebe; die Wasserleitung nach dem Judenquartier wurde zerstört gesperrt, dann auf den jüdischen Gottesacker geleitet. Kinder wurden vor den Augen der Mütter in Stücke gehauen. Negger und Soldaten singen sämtliche Frauen ein und schändeten sie. Ebenso wurde mit allen Kindern unmenschlich verfahren. Nur fünf Frauen gelang es zu entkommen. Der Gouverneur ließ selbst diejenigen, welche sich in ein als unverleglich geltendes muhamedanisches Heiligthum geflüchtet hatten, herausholen und machte bekannt, daß ein Jeder, der einem Juden etwas schuldig sei, sich bei ihm die Quittung abholen könne, daß jeder Maure jeden Juden, der ihn ärgere, ungestraft tödten könne, und daß Jeder, der den Juden in irgend einer Weise zu Hülfe käme, in Stücke gehauen werden solle.

Ein neues Mittel gegen Migräne empfehlen die „W. Med. Bl.“: Cutierrez versuchte im Jahre 1879 zuerst an sich selbst die Wirkung des salicylsauren Natrons gegen Migräne und war überrascht, als er fast unmittelbar nach dem Einnehmen des Mittels von seinen Schmerzen befreit war. Seitdem hat sich ihm das Mit-

tel mit ganz seltenen Ausnahmen in der Praxis gegen Migräne vorzüglich bewährt. Er läßt zwei Dosen von 1,5 Gramm des Mittels im Verlaufe einer Viertelstunde nehmen. Gewöhnlich verschafft schon die erste Dose eine Erleichterung. Wußt der Gebrauch des Medikaments längere Zeit fortgesetzt werden, so süßt Verfasser geringe Mengen von Opium oder Morphinum hinzu.

„Das Leben einer Frau,“ sagt ein feiner Beobachter und ungalanter Mensch, „ist vom 18. bis 25. Jahr der hebenjährige Krieg zwischen Herz und Verstand, vom 25. bis 55. der dreißigjährige Krieg der Natur mit den Künsten der Toilette und von da weiter: die hartnäckige Vertheidigung einer festen Büchse gegen die sturm- laufende Zeit.“

(Katheder-Weisheit.) Professor: „Die richtige Peterfilie unterscheidet sich dadurch von der Hundspeterfilie, daß die richtige Peterfilie sehr stark nach Peterfilie riecht!“

### Viehmarkt.

Berlin, 16. Februar. Amtlicher Marktbericht vom städtischen Zentral-Viehbofe.

Es fanden zum Verkauf: 3475 Küder, 9935 Schweine, 1653 Kälber, 8428 Hammel.

Der überaus hohe Auftrieb in allen Thiergattungen verursachte, ungeachtet des im Allgemeinen nicht unansehnlichen Erports, schleppenden Handel und (Hammel ausgenommen) ein Sinken der Preise seit vorigem Montag, welches bei Schweinen und Kälbern ziemlich erheblich war.

In Rindern erzielten nur feinste Jungkälber ungefähre die vorwöchentlichen Preise; gute Kühe litten verhältnismäßig am meisten unter dem Preisrückgang. Man zahlte für 1. Qualität 55 bis 59 Mark, 2. Qualität 47—51 Mark, 3. Qualität 40—43 Mark und 4. Qualität 35 bis 38 Mark pro 100 Pfund Fleischgewicht. Es bleibt starker Ueberstand.

Ebenjowenig wird der Schweinemarkt geräumt. Mecklenburger brachten circa 48 Mark, Bommern und gute Landtschweine 44—46 Mark, Senger und Schweine 3. Qualität 39—43 Mark, Serben 40—42 Mark pro 100 Pfund Lebendgewicht und 20 Prozent pro Stück Tara; Batoryer 43—44 Mark pro 100 Pfund Lebendgewicht; bei 45—50 Pfund Tara pro Stück.

Die Preise für Kälber sanken für beste Qualität auf 40—48 Pf., ausnahmsweise bis 50 Pf. und geringere Qualität 23—38 Pf. pro 1 Pfund Fleischgewicht.

Trotz regeren Erports verlief der Hammehandel sehr schleppend zu vorwöchentlichen Preisen (wozu wohl ungünstige Nachrichten aus Hamburg beigetragen haben) und hinterließ ansehnlichen Ueberstand. Man zahlte für beste Qualität 39—41 Pf., beste englische Lämmer bis 45 Pf. und geringere Qualität 33—37 Pf. pro 1 Pfund Fleischgewicht.

Verantwortlicher Redakteur: W. Stevers in Berlin

### Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 16. Februar. Wie die „Hamburgische Börsenhalle“ meldet, ist der hiesigen Handelskammer eine in deutscher Sprache abgefaßte Eingabe der Handelskammer von Bari zugegangen, in welcher letztere ersucht, die Handelskammer möge dahin wirken, daß die Regierung Bari zum Ausgangspunkte der zu unterstützenden Dampferlinien wähle, damit die industriellen und kommerziellen Beziehungen beider Nationen befördert und erweitert würden.

Paris, 16. Februar. Das Begräbniß Jules Bales fand heute unter zahlreicher Theilnahme der Sozialisten und Radikalen statt. Die Volksmenge, welche den Zug in den Straßen passiren ließ, verhielt sich indifferent, nur vereinzelt hörte man Ausrufe: „Es lebe die Kommune.“ Im Zuge selbst kam es zu Streitigkeiten, indem mehrere Studenten einen von deutschen Sozialdemokraten herbeiziehenden Kranz fortreiben wollten und dabei ein Handgemenge entstand, bei dem zwei Studenten verwundet wurden. Auf dem Kirchhofe wurden Reden von Rochefort, Longuet und Neillant gehalten.

Paris, 16. Februar. Ein Telegramm des „Temps“ aus Sanghai vom 15. d. M. meldet: Admiral Courbet eröffnete gestern früh das Feuer auf drei chinesische Kriegsschiffe, welche sich auf den Ningpo-Fluß geschlüpft hatten. Der Ausgang des Gefechtes ist unbekannt. Es herrscht dichter Nebel.

London, 16. Februar. Das „Neuter'sch Bureau“ bringt ein Telegramm aus Kairo, welches wissen will, daß daselbst demnächst eine Kommission, bestehend aus den Generalkonsuln der Mächte und technischen Delegirten derselben, zusammentreten werde, um Angelegenheiten zu erledigen, welche mit der Frage der freien Schifffahrt im Suezkanal in Verbindung stehen.

London, 16. Februar. Die Abreise der Königin nach Windsor ist wegen des schlechten Wetters auf unbestimmte Zeit verschoben.

London, 16. Februar. Die Reise der Königin Viktoria nach Windsor dürfte auf mehrere Tage verschoben sein, bis die Erfüllung, an welcher dieselbe leidet, gehoben ist.

London, 16. Februar. Heute wurden die Verhandlungen gegen die der Theilnahme an den letzten Dynamit-Attentaten Angeklagten Cunningham und Burton fortgesetzt. Mehrere Zeugen depontiren, daß sie Cunningham im Januar in dem Zuge der Metropolitan Railway, von dem aus Dynamit geworfen worden war, gesehen hätten. Die weitere Verhandlung wurde wiederum vertagt.

Newyork, 16. Januar. Der bekannte Biograph Dr. Leopold Damrosch ist gestorben.



